



## Inhalt

|    |                                     |   |
|----|-------------------------------------|---|
| 1. | EU Präsidentschaft.....             | 2 |
| 2. | Zypernfrage.....                    | 3 |
| 3. | Gasvorkommen.....                   | 3 |
| 4. | Griechische Zyprioten .....         | 4 |
|    | Wirtschaftliche Entwicklungen.....  | 4 |
|    | Innenpolitische Entwicklungen ..... | 7 |
| 5. | Türkische Zyprioten .....           | 8 |
|    | Wirtschaftliche Entwicklungen.....  | 8 |
|    | Innenpolitische Entwicklungen ..... | 9 |

## 1. EU Präsidentschaft

Im Rahmen einer ECOFIN Tagung der EU Wirtschafts- und Finanzminister am 13. November in Brüssel standen die folgenden Themen auf der Tagesordnung: die Doppelstrategie ('two-pack') zur Überwachung der Finanzdisziplin bei Defizitverstößen durch die Kommission, der Einheitliche Überwachungsmechanismus (SSM), sowie die Entwicklung der überarbeiteten Eigenkapitalvorschriften (Revised Capital Requirement Rules – CRD IV).

Das im Oktober eingeleitete Vermittlungsverfahren für das EU Budget von 2013 endete am 13. November ohne Einigung zwischen der EU und dem Europäischen Parlament. Es gab keine gemeinsame Linie im Hinblick auf den Nachtragshaushalt 2012, für den die Kommission zusätzliche 9 Milliarden Euro beantragt hatte. Das Europaparlament stellte die Bedingung, dass vor einer Verabschiedung des Budgets für 2013 eine Einigung für den Haushalt 2012 gefunden werden müsse. Der Rat befürwortete jedoch die gemeinsame Verabschiedung beider Haushalte, woraufhin die Kommission am 23. November einen neuen Vorschlag in Höhe von 150.9 Milliarden Euro für Zahlungsverpflichtungen sowie 137.9 Milliarden Euro für weitere Ausgaben vorlegte.

Die Sondertagung des Europäischen Rats im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens für 2014 – 2020 (MFF) endete am 23. November ohne Einigung. In einer Stellungnahme der 27 EU Staatsoberhäupter wurde jedoch eine Einigung Anfang 2013 in Aussicht gestellt.

Am 22. November legte die zyprische Außenministerin Kozakou-Markoullis dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments die Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom 19. November vor. Die Situation im Gaza Streifen betreffend, berichtete Kozakou-Markoullis, dass der Rat Möglichkeiten eines Beitrags zur Reduzierung der Gewalt in Erwägung gezogen habe. Die EU Mitgliedsstaaten befürworteten eine Zweistaatenlösung als Ergebnis von Verhandlungen, die Verminderung von Gewalt sowie die Wiederaufnahme von Gesprächen. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Position bei der Wahl in der UN Hauptversammlung über den internationalen Status Palästinas hingewiesen. Die Entwicklungen in Syrien, Ägypten und im Libanon wurden ebenfalls diskutiert. Andere Punkte betrafen die gewaltsamen Ausschreitungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo, die Situation in der Ukraine nach den Parlamentswahlen, sowie die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Kuba.

Die zyprische Ratspräsidentschaft, das EU Parlament und die Europäische Kommission vereinbarten, zusätzliche Regeln für Ratingagenturen bei der Bonitätsbewertung von Staaten aufzustellen. Demzufolge sollen sich Finanzinstitutionen bei ihren Investitionen nicht blind auf die Bewertungen von Ratingagenturen verlassen müssen. Die neuen Regelungen sollen auch den Wettbewerb zwischen den Agenturen befördern. Zudem sollen die Agenturen bei ihren Bewertungen zur Rechenschaft gezogen werden können, was letztendlich zu einer

verbesserten Regulierung bei der Erstellung von Bonitätsbewertungen von Staaten führen soll.

## 2. Zypernfrage

Im Hinblick auf die Zypernfrage wurden keine substantiellen Fortschritte in den momentan festgefahrenen Gesprächen erzielt, was jede Seite der anderen anlastet. Die Türkei und die türkischen Zyprioten sehen die Gründe in der EU Ratspräsidentschaft der Republik Zypern und in der Entscheidung von Präsident Christofias nicht für eine Wiederwahl anzutreten. Andererseits konzentrieren sich die griechischen Zyprioten auf die Unterzeichnung des Rettungspakets und die im Februar stattfindenden Wahlen und führen ihrerseits die Kompromisslosigkeit des Nordens als Grund für die fehlenden Fortschritte an.

Auf jeweils getrennten Treffen mit den Repräsentanten der türkischen und griechischen Zyprioten diskutierte der UN Sonderbeauftragte Alexander Downer am 20. November die Entwicklung der Zypernfrage im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Süden im Februar. Downer betonte, dass sich die UN nicht in die Wahlen einmischen werde. Die Positionen der verschiedenen Kandidaten in der Zypernfrage seien jedoch von Interesse.

Nicos Anastasiades, Parteichef und Präsidentschaftskandidat der DISY, betonte bei einem Treffen mit dem Parteivorstand der ihn unterstützenden DIKO, dass er die Entscheidung der Mehrheit der griechischen Zyprioten von 2004 gegen den Annan Plan respektiere und

sich daran gebunden fühle. Anastasiades hatte sich 2004 für eine Annahme des Plans ausgesprochen, während DIKO den Plan ablehnte. Anastasiades vertritt eine moderate Position in der Zypernfrage, ganz im Gegensatz zur DIKO, die seit jeher einen unbeugsamen Standpunkt einnimmt. Um sich die Unterstützung von DIKO in den anstehenden Wahlen zu sichern, sagte Anastasiades zu, die von Präsident Christofias gemachten Zugeständnisse im Rahmen der laufenden Gespräche zurückzunehmen und in zukünftigen Gesprächen mit dem Repräsentanten der türkischen Zyprioten nicht als Hauptverhandlungsführer aufzutreten.

## 3. Gasvorkommen

Die Vertreter der Troika führten am 12. November Gespräche mit dem Direktor der Energieabteilung Solon Kassinis, Repräsentanten der Natural Gas Public Company (DEFA), dem Stromproduzenten EAC sowie der zypriotischen Energieregulierungsbehörde (CERA). Das Troika Team wurde über verschiedene Punkte informiert, u.a. die Pläne der Regierung Gas an europäische oder asiatische Märkte zu verkaufen, über die mögliche Zusammenarbeit mit angrenzenden Staaten, die Kapazität des geplanten Flüssiggasterminals auf Zypern sowie die kurzfristigen Auswirkungen der Sonderzahlungen für die Vertragsunterzeichnungen der Offshore Lizenzen auf die zypriotische Wirtschaft.

Die erste Verhandlungsrunde zwischen der zypriotischen Regierung und jenen Firmen, die

Lizenzen zu Probebohrungen erhielten, endete am 13. November. Die Lizenzen gingen an folgende Firmen:

- Block 9 wurde einem Konsortium von Total E&P Activities Petrolieres (Frankreich), NOVATEC (Russland) und GBP Global Resources BV (Russland) zugesprochen.
- Block 11 ging an Total E&P Activities Petrolieres (Frankreich).
- Blöcke 2 und 3 wurden ENI (Italien) und KOGAS (Südkorea) zugesprochen.

Die ausgewählten Firmen wurden gebeten, innerhalb von zwei Wochen Verbesserungen in Bezug auf finanzielle und technische Fragen vorzunehmen. Wirtschaftsminister Neoclis Silikiotis kündigte eine Vertragsunterzeichnung für Anfang 2013 an. Die Wahl des französisch-russischen Konsortiums für den wohl lukrativsten Block 9 stieß auf Kritik. Das Konsortium hatte auf der Rangliste der Angebote nur auf Platz vier gelegen, aber den Zuschlag erhalten. Die Regierung begründete diese Entscheidung damit, dass zusätzliche Kriterien wie nationales Interesse und nationale Sicherheit ebenfalls berücksichtigt werden müssten

Silikiotis beauftragte den Juristischen Dienst damit, einen Fond basierend auf dem `Norwegischen Model` für die Gaseinnahmen zu gründen. Sieben bis acht Milliarden Euro sind zum Aufbau der nötigen Infrastruktur vorgesehen, wie z.B. den Bau der Verflüssigungsanlage und der Pipeline. Der Rest soll in den Staatshaushalt und die Rückzahlungen für das EU Hilfspaket fließen sowie für zukünftige Generationen

angelegt werden. Der Fond soll unabhängig sein und von der Zentralbank verwaltet werden. Das Parlament und der Finanzminister sollen ein Prüfungsrecht haben.

Der Leiter des staatlichen Energiedienstleistungsunternehmens KRETYK, Solon Kassinis, und der Vorsitzenden der AKEL, Andros Kyprianou, gerieten aufgrund einiger Äußerungen von Kyprianou bei einem Wahlkampftreffen der AKEL in London aneinander. Kyprianou hatte dort Kassinis beschuldigt, die Interessen des Landes denen der Gasindustrie opfern zu wollen. Gegen diesen Vorwurf hat Kassinis juristische Schritte eingeleitet.

Es wird vermutet, dass Kassinis Rücktritt von seinem Posten bei der staatlichen Gasgesellschaft KRETYK aufgrund von Unstimmigkeiten mit dem Wirtschaftsminister erfolgt ist. Kassinis jedoch begründet seinen Rücktritt mit Bedenken, was die Rolle und den Umfang der Gesellschaft betrifft.

## 4. Griechische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklung

Am 22. November legte die Regierung ihre Gegenvorschläge zu dem von der Troika erarbeiteten Rettungspaket vom Juli vor. Die verspätete Rückkehr der Troika hat eine Reihe von Gründen, wie z.B. die Blockadehaltung der Regierung, das Durchsickern von Informationen aus den Dokumenten der Troika sowie der Verdacht, dass Zypern ein sicherer Hafen für Geldwäschegeschäfte ist. Die Verhandlungen

wurden am 9. November wieder aufgenommen. Ursprünglich wurde der 12. November als das letztmögliche Datum für eine Einigung mit der Troika genannt. Dies hätte den anderen EU Staaten die Möglichkeit gegeben, die Einigung rechtzeitig zu ratifizieren, um so die dringend benötigten Zahlungen im Dezember vorzunehmen. Eine vorläufige Einigung konnte jedoch erst am 22. November nach intensiven Verhandlungen zwischen der Troika und der Regierung erzielt werden. Die Zeit drängte, da der Abreisetermin der Troika ursprünglich für den 21. November geplant war. Eine weitere Verzögerung hätte zu einem Kollaps der Banken und insgesamt der Wirtschaft führen können. Aufgrund der Unsicherheit zogen viele Kunden bei der am stärksten gefährdeten Popular Bank (Laiki) ihr Kapital ab. Da die ersten Zahlungen frühestens Ende Januar erwartet werden, gehen einige Experten davon aus, dass dem Staat zuvor das Geld ausgehen könnte.

In der Zwischenzeit stufte die Ratingagentur Fitch Zyperns Kreditwürdigkeit noch tiefer innerhalb des Junkstatus herab (von BB+ auf BB-). Moody's will bis zum 18. Dezember prüfen, ob Zypern vor allem aufgrund der langwierigen Verhandlungen mit der Troika möglicherweise ebenfalls weiter herabgestuft wird.

Es scheint, dass die Troika und die Regierung Zyperns einige schwerwiegende Differenzen aus dem Weg geräumt haben. Dies betrifft die Rentenreform, das Verwaltung der Gewinne aus der Gasförderung, die Privatisierung halbstaatlicher Betriebe und die Gehaltsindexierung. Eine Einigung zur Bankenrettung ist noch nicht

zustande gekommen, da eine Überprüfung der Vermögenswerte der zypriotischen Banken durch die Investmentgesellschaft Pimco noch aussteht. Berichten zufolge wird sich die Gesamtsumme des Rettungspakets für Zypern auf 17 Milliarden Euro belaufen: 10 Milliarden Euro werden zur Rekapitalisierung der Banken benötigt, 6 Milliarden Euro benötigt der Staat, um seinen Verbindlichkeiten nachzukommen und 1,5 Milliarden Euro sind zur Deckung des Haushaltsdefizits vorgesehen. Zudem sehen die am 30. November von der Regierung veröffentlichten Bedingungen innerhalb des Rettungspaketes ein Anpassungsprogramm vor, das kurz- und mittelfristige finanzielle, fiskalische und strukturelle Probleme lösen soll. Dies beinhaltet Ausgabenkürzungen von 1,2 Milliarden Euro (7,25% des BIP). Das Rettungspaket soll beim nächsten Treffen der Eurogruppe am 3. Dezember zur Zustimmung vorgelegt werden.

Dies ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Rettungspaketes:

- Eine Beibehaltung des Sozialversicherungsfonds (SSF). Die Gehaltsindexierung wird nicht gestrichen, soll aber auf gleichem Niveau bis 2016 bleiben, wobei nur 50% des Inflationsausgleichs an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden sollen und dies auch nur ein Mal pro Jahr statt den bisher üblichen zwei Mal.
- Das Rentenalter wird auf 65 Jahre festgesetzt, ab 2018 wird es an die Lebenserwartung gekoppelt. Finanzielle Abstriche sind für diejenigen Beamten vorgesehen, die zwischen dem 63. und 65. Lebensjahr frühzeitig in Rente gehen wollen. Ab 2013 sollen die

Pensionen der Beamten teilweise besteuert werden.

- Die Überwachung der Genossenschaftsbanken soll vom Finanzministerium auf die Zentralbank übertragen werden.
- Beamte sollen weiterhin ein 13. Monatsgehalt bekommen.
- Die Einstellung neuer Beamter soll bis 2016 eingefroren werden.
- Freibeträge werden ganz abgeschafft, besteuert oder um 15% gekürzt.
- Gestaffelte Einkommenskürzungen im öffentlichen Bereich und eine zeitlich begrenzte Sonderabgabe, die auch die Beschäftigten im privaten Sektor betreffen.
- Die halbstaatliche Cyprus Telecommunication Authority (CYTA) wird nicht privatisiert, es sei denn, die Staatsverschuldung wird unhaltbar.
- Änderungen bei den Arbeitszeiten der Beamten
- Erhöhung der Tabak-, Alkohol- und Treibstoffsteuern<sup>1</sup>

Des Weiteren sollen Teile der Einnahmen aus der Gasförderung zur Begleichung der öffentlichen Schulden verwendet werden. Der Rest wird in einen Sonderinvestmentfond gehen und zum Aufbau der Infrastruktur im Energiebereich eingesetzt.

Die Maßnahmen zielen auf eine Verbesserung der Bonität des Bankensektors mittels Umstrukturierungen und der Auflösung notleidenden

der Finanzinstitutionen. Des Weiteren sollen die Bankenaufsicht und das Liquiditätsmanagement verbessert sowie die Kapitalunterdeckung von Banken in Zukunft verhindert werden. Das Staatsdefizit soll korrigiert und Strukturreformen sollen eingeführt werden, um so Wettbewerb und ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen.

Als Antwort auf die geplanten Maßnahmen kündigte der Demokratische Gewerkschaftsverband (Democratic Labour Front – DEOK) Aktionen an, während die Gewerkschaften PEO, SEK und PASYDY Arbeitsunterbrechungen und Protestkundgebungen vor dem Parlament und dem Finanzministerium planen.

Es wird erwartet, dass die zypriotische Wirtschaft 2013 um 3,5% schrumpft und die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr bei 12% liegen, 2013 bei 13,8% und 2014 ihren Höhepunkt mit 14,2% erreichen wird. Es besteht die Gefahr, dass die Arbeitslosenkasse bei steigender Arbeitslosigkeit bald vollständig ausgeschöpft sein könnte. Bis Jahresende, so die Erwartung, wird die Republik Zypern mehr als 100 Millionen Euro an Arbeitslosengeld ausgezahlt haben. Um die Zahlungen leisten zu können, hat das Ministerium für Arbeit bereits finanzielle Hilfe von anderen Ministerien angefordert. Zypern hat nach Griechenland und Spanien die dritthöchste Zunahme an Arbeitslosenzahlen innerhalb der EU.

Ein Nebeneffekt der Wirtschaftskrise ist das Aufkommen von Fremdenfeindlichkeit. In Zypern machen die ungefähr 180,000 Migranten ein Fünftel der Bevölkerung aus, wovon

---

<sup>1</sup> Der vollständige Wortlaut der Vereinbarung ist auf folgender Webseite zu finden: <https://cy.-ne.ws/s7>

67,000 aus nicht EU-Staaten kommen. Zwölf Prozent der Schüler an staatlichen Schulen kommen aus Migrantenfamilien. Die Mehrheit der Migranten sind im Niedriglohnsektor beschäftigt wie zum Beispiel im Baugewerbe oder als Haushaltshilfen. Innenministerin Eleni Mavrou betonte wie wichtig es sei, der Fremdenfeindlichkeit zu begegnen um so eine Marginalisierung eines großen Teils der Bevölkerung zu verhindern.

Obwohl der allgemeine wirtschaftliche Ausblick negativ ist, konnten zwei Bereiche Zuwächse verzeichnen. Im Tourismusgewerbe gab es 2012 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Zunahme von 4,6% in den ersten neuen Monaten. Der größte Anteil an Touristen stammt aus Großbritannien, während russische Touristen den zweiten Platz einnehmen.

Im Schifffahrtsgewerbe wurde für das erste Halbjahr 2012 ein Gewinn von 435 Millionen Euro verzeichnet, was einem Anteil von 5% an Zyperns BIP und einem Zuwachs von 2% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. Nachdem die Schifffahrt im Zeitraum von 2008 bis 2010 ernsthafte Einbrüche erleiden musste, wuchsen ab 2011 die Einnahmen. Um den Anteil der Schifffahrt am BIP zu erhöhen, schlägt die zypriotische Schifffahrtskammer die Schaffung eines `Stellvertretenden Ministers für Schifffahrt` innerhalb des Wirtschaftsministeriums vor. Des Weiteren sollte das jetzige Besteuerungssystem für Reedereien beibehalten und das türkische Embargo auf in Zypern registrierte Schiffe aufgehoben werden. Es wird erwartet, dass die Anzahl der in Zypern registrierten Schiffe ansteigen wird. Gründe dafür sind die

vor kurzem vorgenommenen Änderungen in der Besteuerung und anderer Vorteile, die mit der zypriotischen Flagge verbunden sind. Die Aussichten auf wachsende Gewinne der Schiffe unter zypriotischer Flagge werden positiv bewertet.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Hunderte Familien sind derzeit von Nahrungsmittelpaketen abhängig, die von der Kirche und den Stadtverwaltungen ausgegeben werden. Allein in Nikosia erhalten 1397 Familien Hilfe, in Limassol werden weitere 230 Familien, in Larnaka 150 Familien und in Paphos 500 Familien unterstützt.

Die jüngsten Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr zeigen einen Vorsprung von 20% zwischen Nicos Anastasiadis (DISY) und seinem von der AKEL unterstützten Rivalen Stavros Malas. Der formal unabhängige, aber offiziell von EDEK unterstützte Mitbewerber, Giorgos Lillikas liegt 10% hinter Anastasiadis zurück. Am 16. gab auch die ehemalige Handelsministerin und Vorsitzende der Vereinten Demokraten, Praxoulla Antoniadou, ihre Kandidatur für das höchste Staatsamt bekannt. Antoniadou hatte ihren Ministerposten bei der letzten Regierungsumbildung im März dieses Jahres verloren.

## 5. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Das Parlament debattierte im November über das vom Haushaltsausschuss ausgearbeitete Budget für 2013. Das gesamte Budget beläuft sich auf 3,421,632,028 Türkische Lira (ungefähr 1,5 Milliarden Euro). Finanzminister Ersin Tatar lobte den Haushaltsentwurf und betonte dessen Bedeutung für Stabilität und Entwicklung. Tatar sagte, dass die Regierung ein durchschnittliches Wachstum von 4,2% zwischen 2013 und 2015 erwarte, was dem Zeitraum des zwischen der Türkei und der 'TRNZ'<sup>2</sup> geplanten Reformpakets entspricht. Die Oppositionsparteien kritisierten den Haushalt und verwiesen auf die darin enthaltenen Kürzungen. Der türkische Botschafter im Norden Zyperns, Halil Ibrahim Akca, kommentierte das Budget und wies darauf hin, dass die Türkei ihre Transferzahlungen für Telekommunikation, Elektrizität und die Häfen einstellen werde und stellte klar, dass diese Bereiche privatisiert werden müssten. Der türkische stellvertretende Premierminister Besir Atalay, der auch das Amt

---

<sup>2</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) ist international nur von der Türkei als Staat anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten, Derviş Eroğlu, Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als Vertreter der türkisch-zypriotischen Volksgruppe. Die Regierung der Republik Zypern ist daher als Regierung für die ganze Insel international anerkannt und die Insel ist zur Gänze Mitglied der Europäischen Union. Aber der *acquis communautaire* ist für den Nordteil der Insel suspendiert, bis das Zypernproblem gelöst ist. (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

für zypriotische Angelegenheiten führt, warnte, dass die Wirtschaftsreformen umgehend durchgeführt werden müssten. Der Premierminister der 'TRNZ' İrsen Kucuk reist nach Ankara, um am 4. Dezember das Protokoll für 2013-2015 zu unterzeichnen.

Das Verfassungsgericht bestätigte das Privatisierungsgesetz, das zuvor von Oppositionsparteien und Gewerkschaften angefochten wurde. Die Mehrheitsentscheidung (drei gegen zwei Stimmen) bestärkte die Regierung in der Umsetzung der unbeliebten Sparmaßnahmen, die unter anderem die Privatisierung des Flughafens Ercan/Timbou (der im September für 25 Jahre verpachtet wurde), Telekommunikation und Stromerzeugung vorsieht.

Zwischenzeitlich dauerte die Finanzkrise der Stadt Nicosia im Norden an. Die Regierung und die Stadtverwaltung versuchten zu einem Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu kommen, um mittels eines Hilfspakets die ausstehenden Beiträge zur Sozialversicherung zu leisten.

Der sich mit Eigentumsfragen befassende Ausschuss, der der Europäischen Menschenrechtskommission Rechenschaft ablegen muss, stimmte einer gütlichen Vereinbarung zwischen einem griechisch-zypriotischen Eigentümer und dem derzeitigen Nutzer eines Grundstücks in Kyrenia zu. Die Kompensation des 34 Donum großen Grundstücks beträgt 3,338,600 Britische Pfund. Die Entscheidung deutet darauf hin, dass in Zukunft ähnliche Fälle mit Hilfe des Ausschusses gelöst werden könnten und somit eine rechtliche Regelung in Bezug auf Eigentumsfra-



gen im Norden noch wahrscheinlicher geworden ist.

Die Europäische Union verabschiedete ein Hilfspaket über 27,2 Millionen Euro für Nordzypern.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Am 15. November jährte sich zum 29. Mal die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Nordteils der Insel unter schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Bei den Feierlichkeiten war auch der stellvertretende türkische Premierminister Besir Atalay anwesend, der sich in seiner Rede für Wirtschaftsreformen aussprach.

Das Bezirksgericht von Nicosia erteilte am 26. November eine gerichtliche Verfügung, die Ahmet Kasif im Streit um die Rechtmäßigkeit der Wahlen um den Parteivorsitz der regierenden UBP Recht gab. Der Parteikongress der UBP hatte im Streit um die korrekte Anwendung der Mehrheitsregeln bei der Wahl des Parteivorsitzenden geendet. Kasif, der Premierminister Irsen Kucuk bei den Wahlen unterlegen war, beschuldigt seinen Rivalen, den Parteivorsitz der regierenden National Unity Party (UBP) in Verletzung der Parteistatuten erlangt zu haben. Kucuk kündigte seinerseits an, das Urteil sowie die Zuständigkeit des Bezirksgerichts, was innerparteiliche Belange angeht, anzufechten. Obwohl Kucuk's Parteivorsitz nicht geklärt ist, wurde die Rechtmäßigkeit der Regierung selbst im Parlament nicht in Frage gestellt.

Der Kampf um die Kontrolle über die UBP Regierung behinderte das Vorankommen in anderen

dringenden Fragen. Dies wurde noch durch ein allgemeines Gefühl von Chaos und Unsicherheit in der Hauptstadt verstärkt. Im Disput um die Stadtverwaltung von Nicosia (LTB) musste die Regierung eingreifen, um öffentlichen Dienstleistungen wie zum Beispiel die Müllabfuhr zu gewährleisten. Die Regierung und die zuständigen Ministerien waren nicht willens, die zahlungsunfähige Stadtverwaltung ohne vorherige Strukturreformen zu unterstützen. Am 5. November traf sich der Ministerrat und verabschiedete ein Dekret, das die streikenden Angestellten dazu aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ansonsten würden rechtliche Schritte unternommen werden. Daraufhin trat ein der Opposition angehörendes Mitglied des Stadtrats zurück, um die Legitimität des Bürgermeisters Cemal Bulutogullari weiter zu schwächen. Bulutogullari weigerte sich jedoch zurückzutreten. Die restlichen Stadträte, die allesamt Mitglieder der regierenden UBP sind, verabschiedeten ein zehn Punkte umfassendes Reformprogramm und forderten die städtischen Angestellten dazu auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Stadträte baten darum, die Details bis 15. Dezember auszuarbeiten zu können und einen Kredit zu beantragen, der zur Umsetzung des Reformpakets benötigt werde. Zudem sollten Angestellte mit zeitlich befristeten Verträgen von der Zentralregierung übernommen werden. Die Oppositionsparteien unterstützten die Angestellten und kritisierten, dass die Regierung Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglieder durch Androhung rechtlicher Schritte zum Einlenken zwingen wolle. Am 8. November wurden die städtischen Angestellten in ihrem Pro-

test gegen die Regierung von der `Communal Survival Platform` unterstützt.

Die Erteilung von Lizenzen zur Ausbeutung der Gasfelder der Republik Zypern in ihrer exklusiven Wirtschaftszone rief türkische Reaktionen hervor. Der türkische Premierminister Tayyip Erdogan bestand darauf, dass `es kein Land namens Zypern gibt` um die Versuche der Republik Zypern zu untergraben, Verträge mit Konsortien zur Ausbeutung von Gasfeldern im östlichen Mittelmeer abzuschließen. Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu stellte einen Zusammenhang her zwischen den Investitionen des türkischen Staats in Infrastrukturprojekte wie die Wasserpipeline und Stromleitungen von der Türkei nach Nordzypern und dem Streit über die Gasvorkommen. Die Lieferung von Wasser und Strom, auch `life water project` genannt, soll anscheinend als möglicher Anreiz dienen, um zu einer Einigung zu kommen. Sowohl die USA wie auch die Europäische Union unterstützen allerdings das Recht der Republik Zypern, ihre exklusive Wirtschaftszone unabhängig von der Türkei oder den türkischen Zyprioten zu nutzen.

Im November kam der Sonderbeauftragte der UN für Zypern, Alexander Downer, nach Zypern, um die Möglichkeiten für erneute Gespräche im Hinblick auf die Zypernfrage nach den Wahlen des griechisch-zypriotischen Präsidenten 2013 zu sondieren. Der Präsident der `TRNZ` Dervis Eroglu forderte seinerseits einen festgelegten Zeitrahmen für die Verhandlungen als eine Bedingung zur Wiederaufnahme von Gesprächen.

**Das FES-Newsletterteam und das FES-Büro auf Zypern wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute für 2013.**



#### **Impressum:**

##### **Friedrich Ebert Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: fescyprus@cytanet.com.cy

#### **Text:**

Hubert Faustmann, Erol Kaymak und Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

#### **Übersetzung:**

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

#### **Layout:**

Christiane Paparoditi

**Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:**

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)